Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1846**

19. Wahlperiode 24.04.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Dr. Alexander S. Neu, Michel Brandt, Christine Buchholz, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung

– Drucksachen 19/1098, 19/1742 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015), 2295 (2016) und 2364 (2017) vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015, 29. Juni 2016, 29. Juni 2017, ergänzt durch Resolution 2391 (2017) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Dezember 2017

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Insgesamt nehmen über 11.000 Soldaten an MINUSMA teil, dazu kommen 3000 französische Spezialkräfte und die militärische Ausbildungsmission der Europäischen Union (EU), EUTM Mali. Diese Militärmissionen haben nicht erreicht, dass sich die Sicherheitslage in Mali verbessert hätte. In großen Teilen des Landes herrscht Unsicherheit. Anschläge und Gefechte sind an der Tagesordnung. Die Zahl der bewaffneten Milizen ist aufgrund von Fehlanreizen im Re-Integrationsprogramm der VN sogar erheblich gestiegen.

Die EU unterstützt den Aufbau einer 10.000-köpfigen regionalen Sahel-Truppe. Doch mehr Militär wird auch in Zukunft nicht zu mehr Sicherheit in die Region führen. Das Gegenteil ist gut möglich: Unter den Teilnehmerstaaten sind solche, an deren rechtsstaatlicher Verfasstheit erhebliche Zweifel angebracht sind. Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch hier, wie bereits in anderen Ausbildungsmissionen zuvor, Kombattanten künftiger Konflikte ausgebildet und bewaffnet werden.

Die Begründungen der Mandate zu MINUSMA und EUTM Mali legen nahe, dass die Einsätze sehr stark durch die Absicht motiviert sind, Migrationsbewegungen durch den Sahel militärisch einzuhegen. Parallel zur immer weiteren Aufstockung des Militäreinsatzes strebt die Bundesregierung den Abschluss eines Rückübernahmeabkommens mit Mali an, ungeachtet der Sicherheitslage dort.

Ausgangspunkt der malischen Krise war der Bürgerkrieg in Libyen bzw. das militärische Eingreifen des Westens und Sturz von Gaddafi. Doch liegen den Konflikten in Mali soziale Verwerfungen zugrunde. Der Aufstand im Norden war auch ein Aufstand der vernachlässigten Peripherie gegen den Zentralstaat. Die Aufstände in Zentralmali sind maßgeblich von jungen Erwachsenen mit Ausbildung, aber ohne berufliche Perspektive, von Hirten, Bauern und Fischern getragen, die um ihre Existenzgrundlagen kämpfen. Soziale Konflikte rühren von der überwiegend durch internationale Geber veranlassten neoliberalen Reformpolitik seit den 1990er Jahren her. An diesen Konflikten konnten dschihadistische Gruppen anknüpfen und Einfluss gewinnen.

Der malische Friedensprozess krankt auch daran, dass die malische Regierung keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat. Der Staat ist vielerorts nicht präsent. An die Stelle einer souveränen Regierung sind internationale Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Geber-Konferenzen, die Vereinten Nationen, die EU und andere internationale Akteure getreten.

Der Jahresetat von MINUSMA beläuft sich auf rund 1 Mrd. US-Dollar. Dieses Geld wäre sinnvoller in die Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Perspektiven sowie den Staatsaufbau investiert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Beteiligung der Bundeswehr an der VN-Mission MINUSMA unverzüglich zu beenden und die Soldatinnen und Soldaten abzuziehen;
2. die deutsche Beteiligung an der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali sofort einzustellen und in der EU darauf hinzuarbeiten, dass die EUTM-Mission beendet wird;
3. die Ausrüstungs- und Ertüchtigungshilfe für Mali einzustellen;
4. von weiteren Verhandlungen über eine Rückübernahmeabkommen mit Mali Abstand zu nehmen.

Berlin, den 24. April 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.